

## Vortrag an den Ministerrat

### **Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 13./14. Juni 2019 in Luxemburg**

Am 13. und 14. Juni 2019 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ statt. Die Tagesordnungspunkte zu Beschäftigung und Sozialpolitik wurden am 13. Juni, die Gesundheitspunkte am 14. Juni 2019 behandelt. Österreich war an beiden Tagen durch mich vertreten. Den Vorsitz führte am 13. Juni der rumänische Minister für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit, Marius-Constantin Budai. Die Europäische Kommission war durch Kommissarin Thyssen (Soziales und Beschäftigung) und Vizepräsident Dombrovskis (Europäisches Semester). Am 14. Juni führte Sorina Pintea, rumänische Ministerin für Gesundheit, den Vorsitz. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Andriukaitis vertreten.

### **Beschäftigung und Sozialpolitik**

Der Rat nahm als A-Punkte die **Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde**, die **Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen** und die **Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben** an.

Zum **Europäischen Semester** fand auf der Grundlage einer horizontalen Note, die von den Ausschüssen für Beschäftigung und für Sozialpolitik vorbereitet wurde eine Orientierungsaussprache statt. Die Debatte der Ministerinnen und Minister konzentriert sich auf die Frage, wie das Europäische Semester effektiver genutzt werden kann, um die Mitgliedstaaten darin zu unterstützen, die Europa 2020 Ziele zu erreichen.

EU- weit ist das Beschäftigungsziel (EU-weite Beschäftigungsquote von 75%) erreichbar. Für einzelne Gruppen sind die Zielwerte noch nicht erreicht. Das Armutsziel (20 Mio. Menschen aus der Armut bringen) bleibt eine Herausforderung, lag doch Ende 2017 die Zahl bei nur 4,2 Mio. Menschen.

Die Diskussion zu den erst am 5. Juni von der Europäischen Kommission vorgelegten länderspezifischen Empfehlungen wird bei einem Rat am 8. Juli bereits unter finnischem Vorsitz erfolgen.

Zur **Richtlinie über die Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung** ungeachtet Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alters oder sexueller Ausrichtung wurde ein Fortschrittsbericht über die Arbeiten unter rumänischem Vorsitz angenommen.

Der Rat nahm **Schlussfolgerungen zur Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern** an. Darin werden als Hebel für eine Verbesserung im Bereich der Vereinbarkeit und in weiterer Folge zur Reduzierung des Gender Pay Gap insbesondere die Bereitstellung von leistbaren und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungs- und Pflegeangeboten sowie die Schaffung flexibler Arbeitswelten identifiziert.

Die **Schlussfolgerungen zum Thema „Die Arbeitswelt im Wandel: Überlegungen zu neuen Arbeitsformen sowie deren Auswirkungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten“** gehen vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung, Robotisierung und Entwicklung der digitalen Plattformarbeit auf die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen für alle ein.

Schließlich wurden **Schlussfolgerungen zu einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs** zum Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** wurden unter anderem Informationen über den aktuellen Stand bei den Gesetzgebungsvorschlägen zu den europäischen Sozialstatistiken und die Überarbeitung der Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (883/04 und 987/09) gegeben.

Beim **Mittagessen** fand ein Austausch zum Thema Arbeitskräftemobilität statt.

Am Rande der Ratstagung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten im ersten Wahlgang auf Bratislava als **Sitz der Europäischen Arbeitsbehörde** (ELA) geeinigt.

## **Gesundheit**

Die Gesundheitsministerinnen und Minister führten eine politische Debatte über die **Erleichterung von Investitionen zur Umgestaltung und Verbesserung von Gesundheitssystemen**. Der zukünftige Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 ist dabei von großer Bedeutung. Derzeit verhandeln der Rat und das Europäische Parlament EU-

Programme und -Fonds, im Rahmen derer die Mitgliedstaaten zukünftig auch Mittel für Investitionen in Gesundheitssysteme lukrieren können.

Weiters wurden **Schlussfolgerungen zum Kampf gegen die Antibiotikaresistenz** angenommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** gab es unter anderem Informationen zum aktuellen Stand bei der Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien, zur Umsetzung der Verordnung über Medizinprodukte und über die Lage betreffend Masern in der EU und im EWR.

Am Rande der Ratstagung traf ich im Hinblick auf den bevorstehenden finnischen EU-Ratsvorsitz mit meinem **finnischen Amtskollegen** für Beschäftigung Timo Harakka sowie mit Gesundheitsministerin Aino-Kaisa Pekonen zu einem **Gedankenaustausch** zusammen.

Ich stelle den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. Juni 2019

Mag. Dr. Brigitte Zarfl  
Bundesministerin